

Franzosen einbruch in Baden.

Schon vor einigen Tagen konnten wir melden, daß der militärische Ehrgeiz Frankreichs nach neuen Zielen Ausschau hält, und als eines dieser Ziele wurde hier Mannheim genannt. Indes wurde der ursprüngliche Plan, offenbar weil er einen zu großen Aufwand erfordert und nach der Meinung der strategischen Genies zu ungünstige Linien schafft, zurückgestellt und nur ein kleineres Unternehmen ins Werk gesetzt, das ganz so aussieht, als ob es dem Gehirn eines schon etwas überalterten Generals entsprungen wäre. Die Franzosen haben am gestrigen Sonntagmorgen einen militärischen Einbruch in Baden vollzogen und Offenburg, Appenweier und Ortenberg besetzt. Die „strategische Idee“, die diesem Unternehmen zugrunde liegt, ist offenbar die, daß die große Nord-Südlinie des süddeutschen Bahnverkehrs rechts des Rheins sowie die Schwarzwaldbahn unter Frankreichs militärische Kontrolle gestellt werden sollen.

Als Vorwand für diesen neuen Einbruch in friedliches Land wird die Tatsache bemüht, daß die deutsche Eisenbahnverwaltung aus Rücksicht auf den drohenden Kohlenmangel die internationalen Züge Paris—Warschau und Paris—Prag nicht mehr durchführt. Der Reiseverkehr durch Deutschland ist keineswegs gesperrt, nur müssen die reichen Franzosen, die durch Deutschland reisen, vorläufig auf die Bequemlichkeit des internationalen Schlafwagenverkehrs verzichten, die ihnen der Art. 367 des Versailler Vertrags vorsorglich gesichert hat. Der Einwand, daß der Verlust dieser Bequemlichkeit von Frankreich selbst verursacht wurde, indem es die deutschen Bahnen von ihrer Kohlenbasis abschürfte, wird in Paris natürlich nicht anerkannt. Es liegt also eine neue deutsche Vertragsverletzung vor, die gebührend bestraft werden muß. Diese Bestrafung ist durch die gemeldeten neuen Befehle prompt vollzogen worden.

Das Vorgehen Frankreichs in Baden hat völkerrechtlich eine andere Bedeutung, als sein Vorgehen im Ruhrrevier. Dieses wird mit dem berühmten § 18 des Art. 244 Anl. 2 begründet, der die „respektvollen Regierungen“ im Fall von vorläufigen Reparationsverletzungen zu „wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmahregeln und überhaupt zu solchen Maßnahmen (telles autres mesures)“ berechtigt, die sie „als durch die Umstände geboten erachten.“ Daraus folgert Frankreich, daß jede Regierung für sich allein im Fall von Reparationsverletzungen berechtigt sei, mit Waffengewalt gegen Deutschland vorzugehen. Diesmal handelt es sich aber gar nicht um Reparationsverletzungen, auf die sich der § 18 allein bezieht, sondern um andere angebliche Verstöße gegen den Vertrag. Frankreich stellt sich also jetzt auf den Standpunkt, daß es in jedem Fall einer behaupteten Vertragsverletzung berechtigt ist, gegen Deutschland mit militärischer Gewalt vorzugehen, ohne daß dies als ein Friedensbruch betrachtet werden dürfte.

Aber diese Schlafwagengeschichte mit militärischem Ausgang ist auch nach der politischen Seite hin interessant. An ihr sind neben Frankreich auch die Tschechoslowakei und Polen interessiert, die gegen Deutschland aufzuputschen offenbar in der französischen Absicht liegt. Mit demselben „Recht“, mit dem Frankreich gestern Offenburg besetzte, könnten die Tschechen morgen Dresden, die Polen Breslau besetzen. Praktisch ist natürlich nicht daran zu denken, daß dieser Erfolg wirklich erzielt wird, da man in Warschau und in Prag nicht so verrückt ist wie in Paris. Aber was ist das für ein Recht und was ist das für ein Frieden, der solche Möglichkeiten eröffnet?

Deutschland ist heute ein Land ohne Grenzen, ohne gesichertes Gebiet der eigenen Staatshoheit. Das ist ein Zustand, der weder für das deutsche Volk noch für die übrige Welt auf die Dauer erträglich ist. Der neue Vormarsch der Franzosen, der zugleich mit dem Scheitern der Konferenz von Lausanne erfolgt, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß die Neuordnung der Welt, wie sie durch die Friedensverträge von Versailles, St. Germain, Trianon, Neuilly und Sevres erfolgte, noch nicht zum Abschluß gelangt ist. Die Frage ist nur, ob wir am Anfang einer neuen Reihe von gewalttätigen Verwicklungen stehen, oder ob einer neuen Weltkonferenz das Werk gelingt, an dem sich die Friedensmacher von Paris vergeblich versucht haben.

Offenburg, 4. Februar. (WTB.) Heute vormittag kurz nach 9 Uhr ist französische Kavallerie in Stärke von mehreren Schwadronen hier eingedrückt. Der Bahnhof, das Postamt, die Kaserne und die große Eisenbahnbrücke sind mit Wachposten und Maschinengewehren besetzt worden. Der Eisenbahnverkehr ist zurzeit noch unbehindert. Auf dem Rathaus verhandeln die Franzosen mit der städtischen Behörde. Auch Appenweier ist von französischen Truppen besetzt worden.

Die amtliche Ankündigung dieses Einbruchs ist der Reichsregierung erst 12 Stunden nach seiner Verübung zugegangen! Auch Mannheim soll besetzt sein.

Wegen der Einstellung der EntenteLuxuszüge.

Folgende Note hat das französische Ministerium des Aeußeren dem deutschen Geschäftsträger in Paris übermittelt:

Die deutsche Regierung hat die internationalen Züge Paris—Bukarest und Paris—München—Prag vom 30. Januar ab eingestellt und nicht die notwendigen Anordnungen getroffen, um den Durchgang der an diese internationalen Züge angehängten alliierten Wagen durch das deutsche Gebiet zu sichern. Diese Tatsache stellt eine Verletzung des Art. 367 des Vertrages von Versailles dar. Uebrigens ist die französische Regierung verpflichtet, jeden Tag eine neue Verletzung Deutschlands und eine neue Verletzung des Friedensvertrages festzustellen. So ist der Präsident der Interalliierten Schiffahrtskommission durch den Reichskommissar offiziell in Kenntnis gesetzt worden, daß alle Lieferungen für Frankreich und Belgien eingestellt worden sind, einschließlich derer, die zur Ausführung des Protokolls von Scapa Flow gehören.

Dieser Akt stellt eine formelle Verletzung des von Deutschland am 10. Januar 1920 gezeichneten Protokolls dar. Die französische Regierung protestiert gegen diese Verletzungen und Versäumnisse, von denen sie für alle Fälle Kenntnis nimmt, und hat beschlossen, die Grenze des Brückenkopfes von Rehl als Sanktionen bis zu den Bahnhöfen von Appenweier und Offenburg auszudehnen.

Folgende Note hat der Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission an den Reichskommissar in Koblenz gerichtet:

Die Interalliierte Rheinlandkommission ist benachrichtigt worden, daß die deutsche Eisenbahndirektion in Karlsruhe unter dem Vorwand des Kohlenmangels die internationalen Züge Paris—Bukarest und Paris—Prag vom 30. Januar ab eingestellt

habe. Sie ist außerdem von der infolge dessen durch die französische Regierung getroffenen Entscheidung benachrichtigt worden, die Gebiete von Appenweier und Offenburg an der Grenze des Rehler Brückenkopfes zu besetzen und die Bahnhöfe zu kontrollieren. Infolge dessen hat die Interalliierte Rheinlandkommission unter Billigung dieser Maßnahmen beschlossen, die zufolge dieser Entscheidung besetzten Gebiete unter das Regime des Rehler Brückenkopfes zu stellen und die Befugnisse des Delegierten der Interalliierten Kommission in Rehl auf diese Gebiete auszudehnen.

Aufbruch der badischen Regierung.

Karlsruhe, 5. Februar. (WTB.) Die badische Regierung hat an das badische Volk einen Aufruf gerichtet, in welchem sie gegen das unerhörte Vorgehen der Franzosen schärfste Verwahrung einlegt. Die badische Regierung bestreitet der französischen Militärmacht jedes Recht, im neubesetzten Gebiet die Beamenschaft des öffentlichen Dienstes der französischen Befehlsgewalt zu unterstellen. Sie hat somit die Beamenschaft angewiesen, keine Befehle der Beamten der Befehlsgewalt entgegenzunehmen und auszuführen. Von der Beamenschaft erwarte die Landesregierung strikte Befolgung der an sie ergangenen Befehle, den französischen Anordnungen keine Folge zu geben.

Severing und Haenisch in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 5. Februar. Der preußische Innenminister Severing traf gestern nachmittag hier ein und nahm an einer Konferenz im Polizeipräsidium teil, der auch Regierungspräsident Haenisch beizuhörte.

Lausanne endgültig gescheitert.

Lausanne, 5. Februar. (WTB.) Gestern abend 7 Uhr 45 Minuten wurden die Beratungen zwischen den Alliierten und den Türken, die den ganzen Nachmittag andauerten hatten, ergebnislos abgebrochen. Die Türken lehnten die Unterzeichnung ab und kehrten in ihr Hotel zurück. Die Alliierten beschloßen, nochmals einen letzten Versuch bei Ismet Pascha zu unternehmen, um ihn zum Einlenken zu veranlassen. Curzon schob seine Abreise auf.

Daß auch dieser letzte Versuch vergeblich war, lehrt nachstehendes späteres Telegramm:

Paris, 5. Februar. (U.) Soeben trifft aus Lausanne die Nachricht ein, daß die Friedenskonferenz gescheitert ist. Die türkische Delegation hat die Unterzeichnung des Vertrages verweigert und ist sofort auf Weisung von Angora abgereist, auch die englische Delegation ist abgereist.

Ueber die unmittelbare Vorgeschichte des Abbruchs wird bekannt, daß die Türken einen Gegenvorschlag auf den alliierten Friedensentwurf überreicht hatten, der in vielen Punkten den Forderungen der Entente entsprach und den Vorschlag enthielt, sofort alle Klauseln zu unterzeichnen, über die eine Einigung erzielt wurde, während über die anderen Fragen ein Teil der Delegationen die Verhandlungen fortsetzen sollte. Das Dokument schließt mit folgenden Worten:

„Die Türkei hat alles getan, was in ihrer Macht steht, um zu einem baldigen Einvernehmen zu gelangen. Wenn es trotzdem nicht zum Friedensschluß kommen sollte, so wird die Welt einsehen, daß die Türkei dafür nicht verantwortlich ist. Die Opfer, die wir auf uns nehmen, gelten nur unter der Bedingung, daß der Friede unterzeichnet wird. Falls unsere Vorschläge abgelehnt werden, sind wir nicht mehr an sie gebunden.“

Nach Kenntnisnahme dieser Antwort beschloßen die Alliierten, einige Ergänzungsfragen an Ismet Pascha zu richten. Um 6 Uhr abends wurde Ismet zu Curzon gebeten und nach eingehender Aussprache wurde ihm folgende Antwort auf die türkischen Vorschläge überreicht:

Sie nähmen die türkischen Vorschläge über Mossulan und erklärten sich auch mit der Regelung der Reparationsfrage zwischen den Türken und den Alliierten einverstanden, lehnten jedoch die Anerkennung einer griechischen Reparationsschuld an die Türkei ab. Was die Kapitulationen betreffe, beharrten sie auf dem bisherigen französischen Vorschlag und wollten auch in den Wirtschaftsfragen nicht von ihrem bisherigen Standpunkt abrücken. Sie erklärten sich jedoch bereit, über die Wirtschaftsfragen in sechs Monaten neue Verhandlungen zu führen.

Daraufhin zogen sich die Türken zurück, um hierüber zu beraten, kehrten jedoch bald wieder mit einer negativen Antwort zurück. Um 7 Uhr 45 Minuten verließen sie das Hotel Curzons mit der Erklärung, daß sie nicht unterzeichnen könnten. Sie teilten der Presse mit, daß man über alle Fragen einig geworden sei, Mossul, Reerengen, Gallipoli, und daß die Verhandlungen über die Frage der juristischen Kapitulationen und die Wirtschaftsklausel abgebrochen wurden. Die Wirtschaftsklausel, so erklärte der Vertreter der türkischen Delegation, würde unsere dauernde Verklavung bedeuten. Wir konnten sie deshalb nicht unterzeichnen.

Damit ist nach achtwöchiger Konferenzdauer der Versuch, das Diktat von Sevres entsprechend den nach den Siegen

Mustapha Kemals total veränderten politischen und militärischen Kräfteverhältnissen im nahen Osten zu revidieren, endgültig gescheitert. Dieses negative Ergebnis kommt insofern unerwartet, als gerade in den letzten Stunden von beiden Seiten sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht worden waren, die man noch vor wenigen Tagen beiderseits für ausgeschlossen erklärt hatte.

Indessen geht aus Erklärungen, die Ismet Pascha nach dem Abbruch vor der Presse abgegeben hat, hervor, daß der wahre Grund dieses Scheiterns wirtschaftspolitischer Natur ist. Die scheinbare politische Einigung über Mossul ging nur dahin, dieses Problem aus der Konferenz auszuschneiden und sie im Laufe dieses Jahres gemeinsam von der Türkei und von England zu lösen. Aber die Frage der Konzessionen sollte nach dem Wunsch der Alliierten sofort geregelt werden. Hierüber erklärte Ismet Pascha:

Man wollte uns zwingen, Kontrakte, Konzessionsversprechungen usw. zu unterzeichnen, die wir nie gesehen haben, die man uns nicht zeigt, von denen wir nichts wissen. Wir haben erklärt, daß diese Kontrakte nichts mit dem Vertrag zu tun haben, und daß wir sie erst sehen müssen. Man hat diese gerechte Forderung abgelehnt. Nachdem wir alles geopfert haben, will man uns noch wirtschaftlich knechten, man will uns die Möglichkeit eines Aufschwunges nehmen. Das dürfte, das konnte ich nicht unterzeichnen. Der Grund des Scheiterns der Konferenz ist der Wille, unser Land aller seiner Hilfsquellen zu berauben.

Es ist nicht schwer zu erraten, worauf Ismet Pascha anspielte: die Konferenz ist an dem Problem gescheitert, um das sich von Anfang an alles drehte, obwohl hierüber niemals offiziell, sondern immer nur hinter den Kulissen verhandelt wurde: es handelt sich um die Frage der Ausbeutung der mesopotamischen Erdölquellen, die sich Ungarn durch die Turkish Oil Co. sichern wollte. Die Türkei hatte bei der Verteidigung ihres nationalen Eigentums mächtige, wenn auch nicht offen auftretende Bundesgenossen: Frankreich und vielleicht in noch höherem Grade Amerika, das um das Weltmonopol über das Petroleum mit Hilfe der mächtigen Standard Oil Co. planmäßig und hartnäckig kämpft.

Bei Frankreich handelte es sich viel weniger um ein direktes Interesse an dem Petroleumkampf, als um ein geschicktes Ausnützen der englischen Sorgen und Schwierigkeiten: Paris wollte seine Unterstützung des englischen Standpunktes nur um einen sehr teuren Preis vergeben, und diesen Preis sollte Deutschland an der Ruhr bezahlen. So ist der englische Wirtschafts Imperialismus im Orient Opfer einer unausgelebten Erpressung durch den französischen militärischen Imperialismus am Rhein gewesen. Poincaré hatte es so weit gebracht, daß England ihm „wohlwollende Neutralität“ gegenüber der Ruhrinvasion zugesichert hatte. Doch wollte er offenbar noch mehr herausholen und ließ vor wenigen Tagen die Türken wissen, daß er, falls Lausanne scheitern sollte, dennoch mit ihnen Frieden schließen würde. Wenn auch eine scheinbare Einheitsfront der Alliierten in den letzten Stunden wiederhergestellt wurde, so hat dieses Versprechen zweifellos den Widerstand der Türken gefestigt und damit zu dem Scheitern der Konferenz unmittelbar beigetragen.

Die Einrichtung der Fremdherrschaft.

Karlsruhe, 5. Februar. (U. M.) In der Nacht auf Sonntag sind französische Truppen aller Waffen durch das Gebiet des Brückenkopfes nach dem bisher unbesetzten badischen Gebiet vorgerückt. Die Hauptmacht war in Schleitstadt im Elsaß aufgemarschiert und mit der Bahn bis Straßburg gebracht worden. Sonnabend vormittag von 7 Uhr an begann die Besetzung von Windschlag, Appenweier, Offenburg und Ortenberg durch starke französische Truppen, zunächst durch Kavallerie in Begleitung von Panzerwagen, dann durch Infanterie und Artillerie. Von mittags 2 Uhr an wurde der Post- und Telegraphenverkehr nach auswärts völlig unterbrochen. Zwischen 11 und 12 Uhr gab der französische Kommandant in Offenburg dem Vertreter der Staats- und Gemeindebehörde einen Befehl bekannt. Danach verfolgte diese ausgeführte Operation keine militärischen Zwecke; sie richtete sich nicht gegen die Bevölkerung, sondern sei als „Sanktion“ zu betrachten gegen „gewisse Mächte“, gegen den Friedensvertrag (Einstellung internationaler Züge usw.). Von Montag ab wird der Bahnverkehr zwischen Offenburg und Appenweier eingestellt. Durchgelassen werden nur die internationalen Züge Holland-Schweiz.

Der Befehl enthält weiter folgendes: Die öffentlichen Betriebe setzen ihre Tätigkeit fort unter Kontrolle der französischen Behörde. Das Personal verbleibt auf seinem Posten und verfehlt seinen Dienst nicht, sofern von der französischen Behörde keine Entlassungen vorgenommen werden. Beschädigungen des Materials der öffentlichen Betriebe, der Kunstbauten usw. werden verboten und die Staats- und Gemeindebehörden für die Ausführung der französischen Militärbefehle, sowie für jede Zerstörung und Beschädigung verantwortlich gemacht. Im neu besetzten Gebiet wird die Polizei und Gendarmerie der französischen Militärbehörde unterstellt, die ihre Ausrüstung und Dienstfähigkeit festsetzt. Ansammlungen von mehr als fünf Personen werden verboten, desgleichen Versammlungen. Jedermann muß stets einen Personalausweis bei sich führen. Polizeistunde 9 Uhr, Verkehr auf Straßen und Wegen von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten. Der Tagesverkehr zwischen den neu besetzten Ortsteilen und zwischen dem neu besetzten und dem unbesetzten Gebiet wird einer Kontrolle unterzogen. Jeder Verkehr muß begründet werden. — Befohlen wird Ablieferung aller blanken und Feuerwaffen unter persönlicher Verantwortung der Bürgermeister, angehängt die Sperre des Telegraphenverkehrs für sämtliche deutschen Behörden und Privatleute, französisches Bismarck für alle Telegramme vorgegeben, drahtlose Telegraphenstationen sind verboten und alle Briefkästen angeschlossen. Jede Zusammenkunft ist mit Festnahme und Verführung vor das Militärgericht bedroht. Gegen Unruhen, Widerstände und Feindseligkeiten werde Waffengewalt angewendet werden. Wenn eine Waffenablieferung überfallen werde, so werde sie sofort von ihrer Waffe Gebrauch machen.

Der Oberamtmann von Offenburg hat sogleich erklärt, daß Behörden und Beamte nur Befehle von deutschen Behörden annehmen, und er hat am Nachmittag dem französischen Kommandanten ausdrücklich mitgeteilt, daß sämtliche Reichs- und Landesbeamten es ablehnen, sich den französischen Befehlen zu unterstellen.

Die badische Landesregierung hat die Reichsregierung telegraphisch ersucht, gegen das unerhörte völkerrechtswidrige französische Vorgehen schärfsten Protest zu erheben. Zugleich wurde der Oberamtmann von Offenburg beauftragt, dem Kommandanten der französischen Truppen im Namen der badischen Regierung eine nachdrückliche Protesterklärung abzugeben.

In voller Übereinstimmung mit der Reichsregierung ist die badische Regierung entschlossen, alles zur Wahrung der Staatshoheit zu tun, was nationale Würde und Ehre erfordert.

Was Offenburg verkehrstechnisch bedeutet.

Karlsruhe, 5. Februar. (U. M.) Appenweier und Offenburg sind Stationen der badischen Hauptbahnstraße, die von Mannheim über Karlsruhe—Rastatt—Baden—Dös—Appenweier—Offenburg nach Freiburg und Basel führt, auf der alle internationalen Züge von Berlin—Frankfurt und Hamburg—Frankfurt nach der Schweiz und nach Italien verkehren. In Appenweier zweigt die Linie München—Stuttgart—Karlsruhe—Straßburg—Paris (Orientexpresszug) ab. In Offenburg zweigt die Schwarzwaldbahn ab, die durch das Ringstal aufwärts nach Freudenstadt, Triebberg—Donauschingen und

Polizei am Bahnhof.

Von Bruno Manuel.

Einer denkt heute von anderen schlimm. Wir sind ein Geschlecht unverbesserlicher Skeptiker. Die Propagandisten für Populardisziplinierung der Nächstenliebe rennen gegen Mauern von Nächstenfurcht an. Ueberholt man abends auf der Straße eine Dame, gleich schaut sie sich um; weicht uns womöglich aus. Fragt uns einer in der Bahn, ob er mal in unserer Zeitung nach dem Dollar sehen darf, gleich stemmen wir unsere Arme fester in die Rippen, über denen im Lichte die Brieftasche glitzert. Auf Reisen hungern wir eher den ganzen Tag, als daß wir uns auf Minuten in den Speisewagen stellen. Man kann nicht wissen! D-Zugdienste — das sind zumeist die Herren, die wir nach ihren Gesprächen für Ehrenmänner erster Klasse halten; sie benehmen sich so weitmännlich korrekt.

Die Polizei ist neuerdings mit Überbliden hinter diesen Gentlemen-Spitzhuden her; der Instinkt ihrer Beamten liegt ständig auf der Lauer.

Wie das so geschieht bei fertigem Lauen: der Bild, der Bild, er wird teilte.

Ich sah auf dem Anhalter Bahnhof zu Berlin einen Uniformierten, die personalisierte Polizei. Jeder Reisende wurde von der personalisierten Polizei gemustert. Der Schnellzug aus der Tschechoslowakei war soeben eingetroffen. Möglicherweise, daß ein paar von den weltgewandten Kofferrentnern dabei waren.

Jetzt kam ein halbwegsichiges Würschchen die Treppe herab; fragelos und etwas derangiert leuchtete es mit den beiden juchenden Taschen davon, die ihm sein Brotherr übergab. Selbiger wird nach Art der Brotherrzen inzwischen ein Auto bestiegen haben.

Die personalisierte Polizei richtete die Alderangen auf das Jungengesicht. Die Gehirntasche des Beamten meldete: Kofferdieb! Instinkt setzte den Polizeistiefel gegen das Opfer in Bewegung. Der Junge wurde vorgeknöpft, främte unschlüssig in irgendwelchen Legitimationen. Er fand ein hinreichendes Papier. Der Mann: Kofferdieb! aus der Beamtentafel verschwand. Ein Handschuh winkte ab; und die beiden juchenden Taschen schwebten davon.

Inzwischen war der gesamte Strom der Reisenden an der personalisierten Polizei leidenschaftlich vorbeigeschossen. Es tropfte bloß noch von gebrechlichen und schwerfälligen Leuten, denen sogar Polizeiinstinkt und Alderange nichts anhaben konnten.

Konstanz führt. Die Franzosen haben also die drei wichtigsten badischen Hauptstrecken unter ihre Kontrolle gebracht.

Brantings Anregung vergeblich.

Paris, 5. Februar. (W. B.) „Pest Parisien“ berichtet, Sonnabend vormittag habe Branting im Völkerbund als eine rein persönliche Anregung die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die Ruhrbesetzung gelenkt. Er habe in sehr sonzilianen Worten gefragt, ob es nicht möglich sei, eine dritte, eine neutrale Nation zum Richter in dieser Frage zu machen. Man habe von dieser Anregung Kenntnis genommen, ohne sie zu erörtern.

Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß in dieser vertraulichen Sitzung Branting in sehr maßvollen Wendungen dem Wünsche Ausdruck gegeben hat, die Reparationsfrage möge in ihrer Gesamtheit — nicht jedoch, wie behauptet worden ist, die Frage der Ruhrbesetzung — vom Völkerbund einer Prüfung unterzogen werden. Die Vertreter Frankreichs und Belgiens bemerkten, daß der Augenblick einer derartigen Debatte nicht günstig sei. Branting erwiderte, daß er nicht darauf bestände, da eine Einigkeit nicht zu erzielen sei. Er hat sich vorbehalten, mit seinen Kollegen privatim die Frage zu besprechen und später vor dem schwedischen Parlament Erklärungen abzugeben.

Der Völkerbund hat beschlossen, seine nächste Tagung im Monat April abzuhalten.

Verkehrsstörungen und Ausweisungen.

Die wälfürsichen und, wie es scheint, zum Teil ganz planlosen Eingriffe in das Verkehrsweisen rufen im besetzten Gebiet die unangenehmsten Störungen hervor, von denen auch wichtige Hauptstrecken betroffen sind. Es ist infolge eines Konflikt auf dem Bahnhof Höchst a. M. der durchgehende Verkehr auf der Strecke Frankfurt a. M. bis Limburg, Mainz-Kastell, Wiesbaden unterbrochen. Infolge Besetzung des Bahnhofs Godefeld ist der Eisenbahnverkehr Frankfurt a. M. nach Mainz-Kastell—Worms unterbrochen. Der Bahnhof Koblenz wurde von neuem besetzt und dadurch die Strecke Trier—Köln gesperrt. Uebrigens haben die Franzosen während der ersten Besetzung der Bahnhöfe Anlagen von Koblenz pöndalisch gehäuft. Man hat sich sogar an der Dienstkleidung der Eisenbahner vergriffen und die Diensträume in eine Kloake verwandelt. An dem Sachmaterial ist ein Millionenschaden angerichtet worden. Jugentgleitungen infolge Militarisation waren nur in Ingelheim und Weisenau gemeldet. Der Sachschaden ist groß, während Menschenleben nicht zu beklagen sind.

Neue Ausweisungen werden hauptsächlich von Mainz, Koblenz und Düsseldorf gemeldet. In Essen hat man neuerdings streikende Beamte einer staatlichen und einer privaten Zeche wegen Verweigerung von Kohlenlieferungen verhaftet. Wie unangenehm sich infolge der Gewaltpolitik die Entwicklung auf dem französischen Kohlenmarkt bemerkbar macht, scheint daraus hervorzugehen, daß die Franzosen mit Saarthal be- ladene Eisenbahnwagen aus dem Saargebiet nach Frankreich leiten, die auf dem Rheinzettel Orte des Saargebiets als Herkunfts- ort zeigen. Bisher ist bekanntlich ein großer Teil der Saarkohle nicht nur im Saargebiet selbst verblieben, sondern noch nach Deutschland exportiert worden.

In Essen liegen die Franzosen am Sonntag abend auf einen Menschenausauf mit Maschinengewehren und Gewehren schießen.

Essen, 5. Februar. (W. B.) Reichskanzler Dr. Cuno hat gestern vor- und nachmittag in Essen, Bochum und Dortmund im Kreise von Vertretern der verschiedenen Bevölkerungsgruppen eingehende Aussprachen gepflogen. Die Besprechungen ergaben volle Uebereinstimmung über die Notwendigkeit des geschlossenen gewaltlosen Widerstandes gegen den Einbruch des französischen Imperialismus und Kapitalismus, sowie Uebereinstimmung über die wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen, die zur Ueberwindung der infolge des Einbruchs drohenden Schwierigkeiten und Gefahren geboten sind.

Berliner Wiederbelebung wird in einer kleinen Ausstellung in der Akademie der Künste am Pariser Platz gezeigt. Sie umfaßt die Jahre 1800 bis 1850, in der Shadow, der Bildhauer, Schinkel, der Architekt, und Rengel, der junge Maler, in der Stadt Berlin tätig waren und neben diesen drei größten Künstlern wie Rauch, Blien, Krüger, Eduard Meyerheim, Gärtners und Steffed bei uns lebten und wirkten. Ihr Schaffen ist von den Tendenzen, die die heutige Kunst verfolgt, himmelweit entfernt, und doch mutet es uns vertraut an, wehmütig rührend wie ein vergilbter Strauß aus Urgroßmutterns Garten. Die Hauptwerke dieser Zeit stehen als Denkmäler auf den Plätzen und Straßen Berlins oder jenseits als Gemälde unsere Museen. Was die Akademie-Ausstellung bietet, ist sozusagen eine Nachlese: keine Plätter und Plätter, Zeichnungen, Entwürfe und Skizzen, teils aus den Depots öffentlicher Sammlungen, teils aus Privatbesitz, wichtig für den Kenner und Forscher, aber für das große Publikum nur von mäßigem Interesse. Wenn es Freude macht, an der hand sauber gezeichnete, zierlich kolorierte Bildnisse und Straßenansichten sich in das alte Berlin und seine würdig pelantischen Bewohner hineinzuträumen, an plastischen Modellen das Entstehen bekannter Momente, an Skizzen des jungen Rengel erste Spuren eines großen Genies und einer neuen Kunst zu studieren, der widme der kleinen Ausstellung eine freie Stunde.

Ausbau des Mutterbuches in Amerika. In keinem Lande der Welt wird seit Jahren so viel für den Schutz der Mütter Reuegeborener getan wie in den Vereinigten Staaten. Aber eine Fürsorge, die in einem europäischen Kulturstaate schon längst zum Ziele geführt hätte, bleibt in dem größten Staate des amerikanischen Kontinents in den Kinderschuhen stecken. Weite Gebiete des ungeheueren Landes entbehren noch heute der primitivsten Vorkehrungen für die Wöchnerinnen wie für den Säugling. Darauf ist es zurückzuführen, daß alljährlich in den Vereinigten Staaten über 20000 Frauen im Wochenbett sterben, weit sie saugemäher Hilfe und Pflege entbehren, daß über 100 000 Kinder im Jahre tot zur Welt gebracht werden, und eine noch größere Zahl in den ersten Lebensmonaten stirbt. Um diesen erschrecklichen Missetänden abzuhelfen, ist in manchen Staaten eine Wöchnerinneninspektion eingeführt worden; nach Meldung einer Neugeburt, die innerhalb 48 Stunden erstattet werden muß, besucht ein geburtsärztlich ausgebildeter Arzt die Wöchnerin, um nach dem Rechten zu sehen. Aber auch diese Zwangseinrichtung ist weiter nichts als ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Um nun einen Zwang zum intensiven und raschesten Fortschritt in der Mutter- und Säuglingsfürsorge auf die in dieser Hinsicht zurückgebliebenen Staaten auszuüben, ist jetzt dem Kongreß der Vereinigten Staaten ein Gesetz unterbreitet worden, das ein Mindestmaß von Schutz und Fürsorge jeder Mutter und jedem neugeborenen Kinde gewährleisten soll. Ins Auge gefaßt wird die Errichtung von Mutterberatungs- und Säuglingsfürsorgestellen in Stadt und Land und die systematische Unterweisung von Ärzten, Hebammen und Fürsorgerinnen in der Mutterchafte- und Säuglingshygiene. Die Durchführung des Gesetzes wird dem staatlichen Kinderschutze in Washington obliegen.

Kindermord aus Uebermut.

Düsseldorf, 4. Februar. (W. B.) In der Vorhalle des Bahnhofs Düsseldorf-Bilk stand gestern eine Abteilung französischer Soldaten, der eine Anzahl Kinder zuschauten. Plötzlich legte, ohne erkennbaren Anlaß, ein französischer Korporal sein Gewehr an und schoß in die Kinder. Ein Kind wurde schwer verletzt, ein anderes leichter verwundet. Das schwerverletzte Kind ist kurz darauf gestorben. Der Kommandeur hat dem Beigeordneten Dr. Haas mitgeteilt, daß der Korporal vor ein Kriegsgericht gestellt werden würde; man versuchte, den Vorfall so darzustellen, als ob die Erschießung des Kindes durch die unvorsichtige Handlung des Korporals mit dem Gewehr verursacht worden sei. Der Kommandant hat den Eltern des erschollenen Kindes als Entschädigung für den Tod des Kindes 100 000 Papiermark (vierzig Papierfrank) angeboten. Regierungspräsident Dr. Grüner hat die Befehlsbehörde darauf hingewiesen, daß das Angebot einer solchen Entschädigungsumme unangehörig sei und empfahen, daß die Eltern der französischen Befehlsbehörde gegenüber ihre Entschädigungsansprüche gemäß dem bürgerlichen Gesetzbuche stellen mögen; als vorläufigen Beitrag für die notwendigen Kosten der Beistattung des getöteten Kindes sowie für sonstige Ausgaben hat er den Eltern 200 000 M. überwiesen.

Die „Volksstimme“ bleibt verboten.

In Duisburg ist die sozialdemokratische „Volksstimme“ aufs neue verboten worden, nachdem eben erst die erste Verbotsfrist abgelaufen war. Des Volkes Stimme ist für die Franzosen also immer noch unerträglich.

Französischer Sozialistenkongreß.

Lille, 5. Februar. (E. B.) In der heutigen Vormittagsitzung sprachen die ausländischen Delegierten, und zwar zunächst Engberg-Schweden, dann Vanderelde-Belgien, der erklärte, daß die belgischen Sozialisten auch als Minister des Königs den Sozialismus verraten, sie hätten für die Arbeiter große Erfolge zu verzeichnen, dem Lande das allgemeine Wahlrecht und das Gewerkschafts- und Koalitionsrecht gegeben. Er drückte die Hoffnung aus, daß die internationale sozialistische Einheit bald wiederhergestellt werde. Hilferding-Deutschland protestierte von neuem gegen die Ruhrbesetzung. Er führte aus, die deutschen Sozialisten könnten nicht gleichzeitig gegen den französischen und den deutschen Kapitalismus ankämpfen. Er erwartete deshalb die Unterführung der Reparationspflicht ebenso wie in der Vorverammlung geäußert der ausländischen Sozialisten. Nachdem Hilferding sich noch über die Reparationspflicht äußerte, wurde die Diskussion über die internationalen Sozialisten. In der Nachmittagsitzung wurde dem Kongreß ein Telegramm der französischen kommunistischen Partei bekanntgegeben, worin diese vorschlägt, einen gemeinsamen Kongreß der Sozialisten und Kommunisten einzuberufen, um eine einheitliche Aktion gegen die Besetzung der Ruhr zu beraten. Dieser Vorschlag wurde einer Kommission zur näheren Prüfung überwiesen.

Paris, 5. Februar. (W. B.) Im „Deuxième“ wird unter Hinweis auf die Aeußerung Dr. Hilferdings, Frankreich möge sagen, was es wolle, erklärt, dieser sei gut. Während des Krieges hätten die Regierenden in Frankreich niemals klar ihre Kriegsziele verkünden wollen. Man wisse, was dieser Irrtum die Entente gekostet habe. Auch in diesem Augenblick begehle Poincaré denselben Fehler, indem er nicht klar und offiziell für die Gegner und für die Allierten die Besetzungsziele oder die Raumungsbedingungen darlege. Seiner Note vom 11. Januar über die Ingenieurmission habe er nichts hinzugefügt. Aber man müsse doch heute zugeben, daß er sie in selbstloser Weise überschritten habe. Theoretisch seien vielleicht die Deutschen verpflichtet, zu sagen, wie sie zahlen wollten. Aber dadurch, daß man in das Ruhrgebiet gegangen sei, sei man von der Theorie zur Praxis übergegangen, man habe also die Initiative ergriffen. Jetzt wolle man den Willen des Gegners zermürden und ihn zum Nachgeben zwingen. Frankreich müsse jetzt sagen, inwiefern Deutschland nachgeben müsse, und welche Bedingungen man ihm stelle. Das Blatt will noch nicht glauben, daß man trotz der verschiedenen Unflugheiten, die begangen wurden, entschlossen sei, zu einer dauernden Ruhrbesetzung überzugehen. Habe sich doch sogar das Organ des Comité des Forges dies und die direkte Ausbeutung als eine Aufgabe bezeichnet, die unmöglich durchzuführen sei.

Der Besitzer des Hotels „Moderne“, ein gewesener Kriegsteilnehmer, glaubte sich für den deutschen Hotelbesitzer gegen Franzosen dadurch rächen zu müssen, daß er den Genossen Dr. Hilferding aus seinem Hause wies. Hilferding wohnt jetzt bei dem französischen Abgeordneten Genossen Saint Venant.

Rechtwürdigere Weise ist dieses Gesetz beständigem Widerstand begegnet. Seine Gegner sind in erster Linie die strengen Sittenapostel. Sie befürchten, daß der erhöhte Schutz, der auch dem unehelichen Kinde und seiner Mutter zuteil werden soll, als „Anreiz zur Un- sittlichkeit“ wirken und die Zahl der „illegitimen“ Verhältnisse der Kinder vermehren würde. Andere wieder erklären die Kontrolle der Mütter und Säuglinge durch die Beratungsärzte und Fürsorgerinnen als unzulässigen Eingriff in die Rechte der Familie und als eine Verletzung der durch die Verfassung verbürgten persönlichen Freiheit. Es ist jedoch zu hoffen, daß die Bernunft über „Moralisatüre“ und verbotenen Doktrinarismus siegen wird, und daß das Mutterschutzgesetz in den Vereinigten Staaten mit seinen sicherlich nicht ausbleibenden segensreichen Wirkungen andere Staaten zum Nachhelfen anregen wird.

Ein zoologischer Naturgarten in Afrika. Im Felsmassiv des Ngoron Gora, im ehemaligen Deutsch-Ostafrika, einer gewaltigen geologischen Bodenentfaltung, die auf einer Länge von 160 Kilometern und einer Breite von 16 Kilometern von fast senkrecht abfallenden Felswänden begrenzt wird, haben die englischen Forschungsreisenden Barns und Ross im Rahmen eines üppigen Naturparks einen ganzen zoologischen Garten gefunden. Die Fauna und Flora der Tropen hat hier die seltensten Spielarten in üppiger Mannigfaltigkeit geschaffen. Nach der Schöpfung der beiden Forscher umfaßt die Rubel der wilden Tiere, die im Grunde dieses zoologischen Tales leben, mindestens 75 000 Exemplare. Die Hoffnung, unter diesen lebendigen Exemplare bisher unbekannter oder sonst schon ausgeforderter Tierarten zu finden, hat freilich eine Enttäuschung erfahren; denn man fand von prähistorischen Tieren nur fossile Reste.

„Schwimmende Geldschränke“. Die niederländische Post hat auf den Dampferlinien schwimmende Geldschränke eingeführt, durch die im Fall eines Schiffbruchs besondere Wertgegenstände und Geldbriele über Wasser gehalten und leichter geborgen werden können. Der Geldschrank ruht auf dem Schiffesdeck zwischen vier gebogenen Metallstreben, die sich erst dann selbsttätig öffnen, wenn der Geldschrank, gleichviel in welcher Lage, sich 10 Meter unter Wasser befindet; er erscheint dann schwimmend auf der Oberfläche und ist mit zeichnengebenden Vorrichtungen ausgestattet, die die Aufmerksamkeit auf den Wertbehälter lenken. Eine starke Lampe brennt alle drei Minuten eine Minute lang, von 12 Raketen werden fründlich eine emporgeschleudert, und ein Horn ertönt alle 8 Minuten eine Minute lang. Auch sind diese 2000 Kilogramm wiegenden Geldschränke gegen Feuergefahr und Explosionen gesichert, da sie einer Hitze von 1700 Grad Celsius und einem Drucke von 10 Atmosphären Widerstand leisten.

Rührend zu sehen, welche Bemühungen man hier der Rettung gefährdeter Geldschränke angedeihen läßt. Hoffentlich werden die niederländischen Dampfergesellschaften wenigstens einen kleinen Teil dieser Sorgfalt auch zur Sicherung des Lebens ihrer Passagiere auf-

Deutsches Opernhaus. Gegen Entzückung von Heria Stolzenberg gelangt an Stelle der „Engen-Negens“-Vorstellung heute „Die verlaute Braut“ zur Aufführung. Die Lebenserinnerungen Madhadransh Tagurd erscheinen lebend im Ruck-Wolff-Berlag in München. Der Dichter erzählt in ihnen die Geschichte seines Lebens bis etwa zum 24. Lebensjahre.

Arbeitergruß für Ludendorff.

Aus Klagenfurt, der Hauptstadt Kärntens, meldet die Wiener Arbeiterzeitung:

Völlig überraschend traf am Sonnabendabend Ludendorff in Klagenfurt ein. Die Bevölkerung erfuhr erst aus der Nachmittagsausgabe der großdeutschen „Freien Stimmen“, welche sonderbare Ehrung ihr zugebracht ist. Das Blatt meldete, Ludendorff sei zu der Tagung des deutsch-nationalen Bauernbundes gekommen, die am Sonntag stattfinden soll.

Als sich die Nachricht von seiner Ankunft in der Stadt verbreitet hatte, kamen einige hundert Arbeiter zum Bahnhof. Ludendorff wurde im Wartesaal zweiter Klasse vom großdeutschen Klagenfurter Bürgermeister Wolsegger begrüßt. Als er auf die Straße trat und ein Auto bestieg, wurde der Wagen von den Arbeitern umringt. Sie brachen in heftige Rufe aus: „Rassensmörder! Bluthund! Hakenkreuzergeneral! Landesverderber! Totengräber Deutschlands!“ Der Wagen konnte sich lange Zeit nicht in Bewegung setzen, und erst später langsam, immer umringt von den empörten Arbeitern zum Hotel fahren. Im Hotel wurde Ludendorff wieder von seinen großdeutschen Freunden begrüßt. Doch auch vor dem Hotel sammelten sich Arbeiter an und brachten ihre Meinung in Plakaten und anderen verdienten Bezeichnungen zum Ausdruck. Viele Häuser waren abends zu Ehren Ludendorffs besetzt. Auf Verlangen der Arbeiter wurden die Fahnen wieder eingezogen. In den Straßen der Stadt kam es im Laufe der Nacht zu Zusammenstößen zwischen Arbeitergruppen und Patrouillen der Heimwehr (der deutschen Ortschaft entsprechend. Red. d. Wort.). Der Landeshauptmann Gröger stellte das Verlangen, daß zur Aufrechterhaltung der Ruhe in der Stadt Wehrmacht in den Dienst gestellt werde. Es war merkwürdigerweise aber in der Garnison kein Offizier zu finden, der im Dienst stand! So mußte die Ausrückung der Wehrmacht unterbleiben. In der Stadt herrschte ungeheure Erregung. Die Arbeiter sind entschlossen, Ludendorff in der Stadt nicht zu dulden. Nachträglich hört man, daß, trotzdem die Nachricht von Ludendorffs Ankunft hier bis zum letzten Augenblick geheimgehalten wurde, in einigen Stationen Heimwehren den General mit Fackeln begrüßt haben sollen.

Der Demonstrationsunfug.

Frankfurt a. M., 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der letzten Nacht kam es hier wieder zu lebhaften Kundgebungen vor dem Hotel, die Entente-Kommissionsmitglieder beherbergten. Um 11 1/2 Uhr demonstrierten etwa 800 bis 1000 Personen vor dem Carlton-Hotel. Die Polizei konnte nur mit größter Mühe das Eindringen der Demonstranten in das Hotel verhindern. Die Menge zog dann zum Frankfurter Hof. Auf dem Wege dahin schlossen sich ihr noch zirka 1000 Menschen an, die nun vor dem Hotel die widerlichsten nationalistischen Paroxysmen ausführten. Die Schuppolisten wurden wegen Erfüllung ihrer Dienstpflicht auf das gemeinste beschimpft und mit Flaschen usw. bombardiert. Von den Demonstranten, deren größter Teil sich in recht jugendlichem Alter befand und angetrunken war, wurden zwei Verletzungen nicht vorgekommen. Gegen 2 Uhr morgens war die Ruhe wiederhergestellt.

Geldentwertung und Erwerbslosenfürsorge.

Unsere Parteimitglieder im Volkswirtschaftsausschuss des Reichstags haben in den letzten Tagen einen erfolgreichen Kampf geführt um eine wesentliche Erhöhung und, was ebenso wertvoll ist, um die automatische Anpassung der Unterstützung an die Geldentwertung. Vom 29. Januar d. J. ab wird für eine männliche Person über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen lebt, in der Ortsklasse A eine Unterstützung von 720 M. pro Tag bezahlt; die Unterstützung stuft sich dann in verschiedener Weise nach unten ab. Sind diese Unterstützungssätze an sich schon völlig unzureichend, so werden sie durch die rasend fortschreitende Geldentwertung noch unzureichender, weil ihre Erhöhung bisher nur in größeren zeitlichen Zwischenräumen vorgenommen wurde. Ein unständlicher Apparat, die Befragung der Länder und des Reichsrats war nötig, ehe wieder einmal eine Erhöhung der Sätze in Kraft treten konnte. Die Erwerbslosen gerieten dadurch in immer größer werdende Existenzgefahr. Das veranlaßte unsere Genossen in dem oben genannten Ausschuss zu einem Vorstoß, um die genannten Uebel zu beseitigen. Sie brachten folgenden Antrag ein:

„Der Ausschuss wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, sofort die Verordnung über die Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 nach folgenden Grundsätzen abzuändern:

1. Die Verordnung über Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 wird nach dem Grundsatz abgeändert, daß der Befestigung des Höchstsatzes für den 21jährigen, nicht im Haushalt eines anderen Lebenden

50 Proz. des Lohnes der Klasse VI der Reichslohnempfänger zugrunde gelegt und die Sätze für die übrigen Ortsklassen, Abstellungen und Familienzuschläge im entsprechenden Prozentverhältnis festgelegt werden.

2. Am § 9 Abs. 2 der Verordnung vom 1. November 1921 ist an Stelle von 50 Proz. (Anrechnung des Lohnes der Kurzarbeiter) 25 Proz. zu setzen.

3. Zweis Beschlagnahme und ungehinderter Fortführung von Rohlandsarbeiten werden den Gemeinden die von Reichs- und Staatsregierung angeforderten Mittel als zinslose langfristige Darlehen zur Verfügung gestellt.

4. Um die Belastung solcher Gemeinden, die von der Erwerbslosigkeit besonders hart und auf lange Zeit betroffen sind, erträglicher zu gestalten, ist der Anteil der Gemeinden vom Reich und von den Ländern anteilig zu übernehmen.

5. Am § 12 Abs. 4 muß an Stelle von 10 Proz. „25 Proz.“ und an Stelle von 60 Proz. „50 Proz.“ treten.

Genosse Krähig begründete den Antrag in eindringlichster Weise, indem er auf die Gefahren der rapid zunehmenden Erwerbslosigkeit und auf die schlimmen sozialen und moralischen Folgen derselben hinwies. Er verlangte, daß sofort eine wesentliche Erhöhung und eine schnellere Anpassung an die Geldentwertung vorgenommen werde. Seine Ausführungen veranlaßten einen parteipolitischen Abgeordneten dazu, mehrmals das Wort zu ergreifen. Die Demokratische Fraktion ging durch vollkommene Abwesenheit. Die Deutschnationalen waren wohl anwesend, nahmen aber zur Sache nicht das Wort. Zu einem scharfen Zusammenstoß kam es zwischen unseren Genossen und dem Zentrumsabgeordneten Andre. Dieser Mann, ein württembergischer Arbeiterführer, vertrat in der ganzen Erwerbslosenfrage einen überaus rückständigen Standpunkt. Er wurde von der Genossenschaft Sender und den Genossen Körsten und Krähig derart gestüpft, daß er seine Wiederholungen immer mehr ausgab, und sich bereit erklärte, die von uns gestellten Anträge einem Unterausschuss zur sofortigen Durchberatung zu übergeben.

Dieser Unterausschuss, dem von unserer Partei die Abgeordneten Krähig und Toni Sender angehören, hat am darauffolgenden Tage getagt. Die Regierung hatte am Tage vorher die von unseren Genossen beantragte Erhöhung, die 1800 M. pro

Tag, in ihrem höchsten Satz betragen sollte, für zu hoch erklärt. Unsere Vertreter im Unterausschuss stellten nun folgenden Antrag: Vom 1. Februar 1923 ab soll

die Erwerbslosenunterstützung für Erwerbslose der Ortsklasse A betragen:

1. Für eine männliche Person über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen lebt, 1500 M. pro Tag.

Sodern sie in dem Haushalt eines anderen lebt, 1300 M. pro Tag und für eine männliche Person unter 21 Jahren 1100 M. pro Tag.

2. Weibliche Personen sollen erhalten, wenn sie über 21 Jahre alt sind und nicht im Haushalt eines anderen leben, 1400 M. pro Tag.

Wenn sie im Haushalt eines anderen leben, 1200 M. pro Tag und wenn sie unter 21 Jahre sind, 1000 M. pro Tag.

3. In Familienangehörige sollen gewährt werden: für Ehegatten 800 M. pro Tag und für Kinder und sonstige unterstützungsbedürftige Personen 600 M. pro Tag.

II. Diese Unterstützungssätze erhöhen sich jeweils um denjenigen Prozentsatz, um den der Lohn der Reichslohnempfänger zum

Ausgleich der Geldentwertung

erhöht wird. Genosse Krähig begründete auch diesen Antrag und stellte ihn als das Mindeste dar, was wir fordern müßten, andernfalls wir jede Verantwortung für das, was dann kommen werde, ablehnen müßten. Der Regierungsvertreter wandte sich hauptsächlich gegen die automatische Anpassung. Man einigte sich dann in folgender Weise:

Unsere im Unterausschuss beantragte Erhöhung der Unterstützung soll spätestens am 15. Februar in Kraft treten. Und was die Frage der automatischen Erhöhung anbelangt, so wurde nach einer Aussprache, in der es unseren Vertretern gelang, die Vertreter der anderen Parteien von der absoluten Notwendigkeit dieser Forderung zu überzeugen, folgende, von allen Parteien unterzeichnete Entschliessung angenommen:

„Der Ausschuss wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, bis zum Zusammentritt des Reichstages ein Schlüsselverfahren vorzulegen, das als Grundlage für die automatische Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung dienlich.“

In der Frage der Kurzarbeiterunterstützung einigte man sich auf der Grundlage eines Vorschlages, den die Regierung machte und der darauf hinausläuft, den Kurzarbeitern die Zusatzunterstützung nach Sätzen zu bemessen, die, je nach dem Grade der Kürzung, den 1/4- bis 1/3fachen Betrag der Erwerbslosenunterstützung enthalten. Wir bekommen also in wenigen Tagen eine erheblich höhere Unterstützung und eine schnellere Anpassung an die Geldentwertung.

Neuer Marktsturz.

Der Berliner Devisenverkehr stand heute mittags unter dem Eindruck der Meldungen über den französischen Einmarsch in Baden. Man rechnet überhaupt angefaßt dieses Ereignisses mit weiteren scharfen Maßnahmen der Franzosen und Belgier in den besetzten Gebieten. Am Devisenmarkt gab es daraufhin eine neue hausse. Der Dollar erreichte gegen Mittag eine Höhe von 43 000. Das Interesse für die weiterverarbeitenden Industrien ist angesichts der Schwierigkeiten, die sich unter Umständen aus der Kohlenperre ergeben können und im Hinblick auf die zunehmende Arbeitslosigkeit nicht mehr so groß. Die wirtschaftliche Lage wird überhaupt an der hiesigen Börse sehr pessimistisch beurteilt.

Kriegszustand im Friedrichshain.

Die neueste Seuche, eine Art nationalistischer Gehirngrippe, scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Es wird über den Erbsiege geschimpft, es werden Brandreden gehalten, die Journale der Reaktion spritzen Gift und Galle und servieren jedem der Kritik baren Defektor ein eckes Gebräu von Hege, Uebertreibung und Chauvinismus. Die besitzenden und urteilslosen Kreise reden stolz von dem nationalen Geist und dem Heldennut der Zeichenbarone und „Ihrer“ Arbeiter, verfolgen mit gespanntem Interesse das Steigen des Dollars, erfreuen sich schmunzelnd seines Höhenfluges und hamstern Devisen. Noch nie machte sich der Wucher breiter als gerade jetzt — na ja, es ist ja wieder eine „große und erhebende“ Zeitspanne angebrochen. Es liegt in der Natur der nationalistischen Gehirngrippe, daß sie besonders Leute erfasst mit schwachem Verstand, kurzem Gedächtnis, Leute, denen hohe Gewinne winken, und solche, die eine unstillbare Gier nach Macht in der Heidenbrust tragen. Aber auch Kinder erfasst diese moderne der Geisteskrankheiten. Im Friedrichshain ist Kriegszustand! Dort spielt täglich ein Trupp höherer Schüler Krieg gegen die Franzosen. Mit Hurraegeräusche rosen sie durch die Anlagen. In der Hitze des Gefechts geht es über die Rasenflächen und durch die Sträucher. In Ermangelung von Säbel und Gewehr müssen Äste und Wurzelstümpfe herhalten. Einer dieser hoffnungslosen Sprößlinge, über deren Gebaren sicher jedem Spießer das Herz im Leibe lacht, amüsierte sich dieser Tage damit, mit einer Eisenklinge die gementerten Fußwege zu bearbeiten. Die Parkwächter führen einen aussichtslosen Kampf gegen diese Banditen. Sache aller Passanten muß es sein, gegen diesen Unfug unreifer Jungens, die die öffentlichen Anlagen als Kriegsschauplatz betrachten, einzuschreiten.

Für den Sieg der Vernunft.

In einer starkbesetzten Versammlung aller im AEG-Konzern beschäftigten Kopf- und Handarbeiter führte Genosse Ernst Heilmann über „Die wirtschaftlichen und politischen Folgen der Wiedergutmachung“ folgenden aus: Der Einmarsch ins Ruhrrevier ist ein Stoß ins Herz der deutschen Wirtschaft, ein Schnitt in die Pulsader Deutschlands. So lange wir konnten, haben wir die harte Söldnerschicksal zu verhindern gesucht, und jetzt kommen die Ueberfälle und sagen: Wir haben es ja immer gesagt, daß das Ruhrgebiet doch besetzt werden würde. Welch ein Unterschied zwischen damals und heute. Die Kommunisten provozieren Arm in Arm mit den Madoupatrioten und wollen die französischen Soldaten gegen ihre Führer aufheben. Doch ist von dieser Propaganda der 3. Internationale bei den Soldaten des Marschalls Hoch wenig zu spüren. Es handelt sich ja nicht um einen Krieg, sondern um einen Spaziergang der Franzosen. Wenn der Einmarsch vor 2 Jahren gekommen wäre, dann hätte die ganze Entente gegen uns gestanden, dann hätte man unsere Rüstungen blüdiert und vier Wochen später wären wir halb verhungert in die Hände der Marschalls Hoch gerückt und hätten die schärfsten Bedingungen angenommen. Wir kämpfen mit unseren Mitteln gegen die Gewalt für das Recht. Wir sind durch die Ludendorffs und Heffersichs ein mehrfaches Volk geworden. Und wer da wagt, vom neuen Krieg zu schwärmen, oder unter Führung Trojks mit der roten Sowjetsohne den Kampf aufzunehmen, der gehört ins Rorrenhaus. Es handelt sich bei der Besetzung nicht um die paar Tonnen Kohle und die wenigen Telegraphenstangen, es handelt sich für Frankreich vielmehr um den Erfolg des Ruhrgebietes. Dadurch verschlechtert sich die Lage Deutschlands immer mehr. Die wirtschaftenden Frauen werden zur Verzweiflung getrieben, die Entwertung der Mark geht mit Riesenschritten vorwärts. Das ist keine zum Dubaja anreizende Situation. Und da rufen wir: Es muß verhandelt werden, wenn sich ein Hoffnungs-schimmer zeigt, der Deutschland die Möglichkeit zum Leben läßt.

Was in unseren Kräften steht, Poincaré den Sieg so schwer wie möglich zu machen, das wollen wir tun. Je schneller Poincaré siegt, je größer ist sein Triumph, desto ist er der nationale Held und der militaristische Wahnsinn kann weiter Europa regieren. Daher wollen wir auch weiterhin hängen Kopf behalten und unsere Pflicht tun. Vernunft verbreiten, heißt richtige Politik machen. Für das Recht, gegen die Gewalt. Gegen den Militarismus, für einen Dauerefrieden, das ist das Gebot der Stunde. (Stürmischer Beifall.) Nach einem Schlüsselwort des Genossen Bernhard Krüger wurde die guibefuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Politik in der Schulküche.

Der Herr Lehrer erzählt Wiße.

Wenn Lehrer vor Schulküchen politische Gegner angreifen, so ist das immer ein Schauspiel, das jeder Freund der Schule als peinlich empfinden muß. Viel Mut gehört nicht dazu, sein Herz vor einer Zuhörerschaft auszuschütten, die sich keinen Widerspruch erlauben darf. Doch sollte jeder Lehrer bei einiger Ueberlegung die Gefahr erkennen, in die er durch derartige Mißgriffe sich Ansehen und das der Schule bringt, falls keine Jünglinge auch nur ein ganz klein wenig denken gelernt haben. Lehrer, die das nicht selber sehen, müßten von ihrer Dienstbehörde wirksam darüber belehrt werden, damit Schäden verhütet wird.

Einer solchen Belehrung bedarf auch der in Sietig in der 2. Mittelschule wirkende Lehrer Wehner, der vor einiger Zeit in einer Unterrichtsstunde einen politischen Pfeil abwarf, indem er seinen Schülern einen hässlichen Witz vom Besten gab. Weil in Deutschland, erzählte er, alles über die schlechten Zustände schimpft, hat der Reichspräsident Ebert in seiner Rot den Himmelsstürmer Petrus, ihm einen der des Regierens kundigen Männer zu geben, von denen er doch im Himmel so viele unter den früheren Herrschern habe. Der alte Fröh, den Petrus mitgab, kam nach 14 Tagen wieder und sagte, daß die Deutschen sich nicht mehr mit dem Krückstock regieren lassen wollen. Wilhelm I., der als Ersatz geschickt wurde, erschien nach noch kürzerer Zeit im Himmel und gestand, daß auch mit seiner Methode nichts mehr zu machen sei. Da griff Petrus auf Moses zurück, aber der fand sich ganz rasch wieder im Himmel ein und sagte: „Was soll ich da unten? Unserere Zeit geht's gut.“

Herr Wehner hat es für zulässig gehalten, seinen Schülern diesen Witz zu erzählen, der offenbar auf deutschnationalem Beel gewachsen ist und über dessen verheerende Wirkung niemand im Zweifel sein kann. Wird Herr Wehner, der jetzige Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, der selber aus der Lehrerschaft hervorgegangen ist und das Schulleben kennt, gegen solche Lehrer „das Erforderliche veranlassen?“ Wenn er Lust hätte, die Schulen der Republik mit eisernem Besen auszufegen, dann könnte es ihm gerade in den westlichen Vororten, den Hochburgen der Reaktion, an Arbeit nicht fehlen.

Die vergessene Geliebte.

Bei einem Fabrikbesitzer in der Nähe des Sanionsplatzes war ein Einbruch verübt worden, bei dem die Diebe Silberzeug und Schmucksachen im Werte von etwa 70 Millionen erbeutet hatten. Ein in der Nachbarschaft wohnender Juwelier hatte die Beute in gutem Glauben gekauft. Eines Tages erschienen bei ihm jedoch Kriminalbeamte, um Hausdurchsuchung zu halten. Das brachte den Mann in arge Verlegenheit, weil er gerade keine Geliebte bei sich hatte. Das war ihm unangenehm, und er streckte sie deshalb rasch in den Keller und schloß sie ein. Als die Kriminalbeamten am nächsten Tage wiederkamen, um bei ihm noch einmal nachzuschauen, hörten sie von unten her ein Jammern und Stöhnen. Da erst fiel dem Juwelier ein, daß er seine Geliebte verstaubt und vergessen hatte. Man öffnete und befreite sie aus dem Verließ, in dem sie unfreiwillig die Nacht zubringen mußten.

Wegen eines gefährlichen Brandes wurde am Sonntag vormittag die Lichtenberger Feuermehr nach der Boghagener Str. 78/81 alarmiert, wo der Dachstuhl des Hauses in der achten Stunde in solcher Ausdehnung in Flammen stand, daß sofort mit mehreren Schlauchleitungen vorgegangen werden mußte. Es gelang eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Die Entstehung ist noch nicht ermittelt.

Die Erde rebelliert.

Schwere Erdschütterungen im Stillen Ozean.

Vor kurzem meldeten wir, daß in vielen Erdbebenwarten schwere Erschütterungen registriert wurden. Erst jetzt treffen nähere Angaben über die neuesten Ausbrüche der wieder rebellisch gewordenen Erde ein. Dem „New York Herald“ zufolge ist es immer noch nicht möglich gewesen, den Herd des großen Erdbebens festzustellen, von dem nun sicher ist, daß er von ganz ungeheurem Umfang gewesen sein muß. Die Inseln Samoa und Guam antworteten nicht mehr auf Kabel und selbst auf nicht mehr auf drahtlose Anrufe. Es scheint festzustehen, daß der Herd des Erdbebens in den Inseln des Stillen Ozeans sich befunden hat und sich wahrscheinlich bis an die Westküste Südamerikas erstreckte. Eine andere Meldung aus New York besagt, daß die Erdschütterungen, die in mehreren Observatorien der Welt verzeichnet wurden, den Südpazifischen Ozean heimgesucht haben. Die hawaiischen Inseln wurden von einer ungeheuren Sturzwelle überschwemmt. Ueber 100 Fischerboote wurden fortgerissen. Die Hauptstadt Honolulu hat großen Schaden zu verzeichnen. Die Erdschütterungen waren ebenso heftig wie die, durch die im Jahre 1906 San Francisco zerstört wurde. Die meisten Seismographen der Vereinigten Staaten sind außer Gebrauch gesetzt worden. Es wird als beachtenswertes Anzeichen angesehen, daß der Vulkan Lassen nordwestlich von San Francisco wieder eine vermehrte Tätigkeit entfaltet. Gestern stieß er ununterbrochen Lava aus. Auch aus den Aleuten wird vermehrte vulkanische Tätigkeit gemeldet. — Aus Canada und Rom liegen gleichzeitig Meldungen von Erdbeben vor über ein schweres Erdbeben, das vier Stunden dauerte. Nach den Aufzeichnungen soll das Erdbeben bedeutend größer sein als das kürzlich in Chile gemeldete. Nähere Nachrichten fehlen noch. Es ist bisher nicht möglich gewesen, den Erdbebenherd festzustellen. Man vermutet, daß es sich um Mittelamerika oder um die Anden handelt.

Antisemitenkrawall in Wien.

Magnus Hirschfeld wieder einmal angegriffen.

Der bekannte Berliner Sexualforscher Magnus Hirschfeld ist in Wien das Opfer antisemitischer Rombies geworden. Als er im Großen Konzerthaus einen Vortrag über „Sexuelle Verbrechen“ halten sollte, brach auf der Galerie ein obenbesetzter Lärm los. Mit Gummiknüppeln schlugen jugendliche Bengel auf das Publikum ein, schleuderten Stühle und brennendes Papier in den Saal und brüllten ohne Unterlaß: „Juden raus! Schweineband!“ und ähnliches. Viele Verstöße brachen unter den Schlägen der wütenden Bande blutüberströmt zusammen. Mehr als dreißig Personen wurden von der Polizei verhaftet, der es erst nach längerer Zeit gelang, die mißgewordenen Antisemiten zurückzudrängen. Auch auf der Straße verlor etwa 100 nationalsozialistische Hakenkreuzler mit ihren Gummiknüppeln auf das Publikum einzuschlagen. Sie wurden alsbald von der Polizei zerstreut.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst zeitweise keller, etwas kälter bei ziemlich trübem trüblichen Widen. Nachher neue Erwärmung. Trübung und leichte Regenschauer.

Ein „angenehmes“ Verhältnis.

Vou den „gewissermaßen umsonst wohnenden“ Mietern.

Es läßt sich begreifen, daß Hauswirte keine Freunde der Wohnungszwangswirtschaft sind. Auch muß ihnen zugegeben werden, daß die Wohnungsmieten bisher noch nicht so maßlos gestiegen sind wie die Preise der Lebensmittel.

Es ist uns bekannt, daß eine Anzahl Heber in neuerer Zeit sich nicht genug tun können, die Hausbewohner aufzuwiegen, die „hohen“ Mieten wären nicht zu erdulden. Es ist diese Aufregung einerseits wohl zu verstehen; denn die ganze Familie lebte bis dahin durchschnittlich ganz umsonst in anderer Leute Besitzum; für den Preis eines einzigen Schnapses wohnte solche vielköpfige Familie den ganzen Monat lang das Haus entzwei, bekam noch Wasser in beliebiger Menge hinzugeschenkt, die Treppen wurden ihm beleuchtet und gereinigt, Steuern und Abgaben zahlte die Grundstückbesitzer aus ihrer Tasche obendrein noch auf das Grundstück und erhielten keinen Pfennig Zinsen für das in dem Grundstück angelegte Kapital.

Ein „Verhältnis“, das mit einem solchen Schreiben eingeleitet wird, verpricht ein eigenartig „angenehmes“ zu werden. Das Schreiben ist unterzeichnet für die Grundstückserwertungs-Gesellschaft von einem Herrn R. Schlichting mit dem Zusatz „Stadttrat a. D., Geschäftsführer“. Wir wissen nicht, wo dieser Herr R. Schlichting einmal Stadttrat gewesen ist. Ein Namensvetter von ihm, aber kein leiblicher Better, gehört dem Magistrat Berlin an.

Internationales Arbeiter-Schachturnier.

Die Ausschreibung des Ersten Internationalen Arbeiter-Schachturniers des Berliner Arbeiter-Schachklubs 1923 im Gewerkschaftshaus zu Berlin hat im Reichs sowie des Auslandes großes Interesse erweckt. Zum Meisterturnier sind bereits 82 Meldungen eingegangen, worunter die stärksten Spieler Deutschlands zu verzeichnen sind.

Gegen das Schlemmer- und Trinkerunwesen.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen das Schlemmer- und Trinkerunwesen gestaltete sich eine Versammlung, einberufen vom Bund Deutscher Frauenvereine und von der Deutschen Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus am Sonntag vormittag um 11 Uhr im ehemaligen Herrenhaus. Reichs- und Staatsbehörden hatten zahlreiche Vertreter entsandt, und auch mehrere Abgeordnete waren erschienen.

Schwertragsbeschädigte oder Kriegsteilnehmer mit mindestens einjähriger Felddienstzeit, brauchen an staatl. gewerbl. Fortbildungsschulen nur das halbe Schulgeld zu zahlen.

Die Jugendwohlfahrt für Regel-Verpflichtete findet nicht Sonntag, den 25. März, sondern Sonntag, den 1. April, statt.

Gewerkschaftsbewegung

Ein Geständnis.

Die Wirkkräfte der „Roten Fahne“, die nach den in Moskau erlassenen Vorschriften in Deutschland „Revolution“ zu machen haben, können offenbar nicht mehr leugnen. Bei der Besprechung des jüngsten Aufrufs der RPD zur Eroberung der Gewerkschaftsposten (sahrieben wir u. a.: „Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist ihrer ganzen Natur nach reformistisch; sie muß es sein, oder sie ist als Gewerkschaftsarbeit unmöglich.“)

Zu dem schreibt die „Rote Fahne“: Jeder Arbeiter, der gewerkschaftlich organisiert ist und die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung kennt, weiß, wie unsinnig die Behauptung des „Vorwärts“ ist. Die freien Gewerkschaften sind proletarische Organisationen, die die Verbesserung der Lebenslage der Arbeitenden zu erkämpfen haben. In diesem Kampf um ein Stück Brot mehr, um Verkürzung der Arbeitszeit und um Erhaltung bedrohter Erwerbungsstellen mühten sich die freien Gewerkschaften von jeher auf den Boden des Klassenkampfes stellen, um die entgegenstehenden Hindernisse zu überwinden.

Hier zeigt sich deutlich die unheilbare Begriffsverwirrung, die in den Köpfen der in Moskau als zuverlässig anerkannten Kommunisten herrscht. Revolutionär wird eine Aktion nicht, weil die herrschende Staatsmacht sich ihr entgegenstellt. Dann wären die deutschdeutschen „Revolutionäre“. Nun wenn sie die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft im Sinne einer beschleunigten Entwicklung umwälzen, nur dann ist eine Tätigkeit revolutionär. Die „Verbesserung der Lebenslage der Arbeitenden“ ist also keine Revolution, auch wenn sie unter den schwierigsten Umständen erkämpft werden muß; sie ist und kann nichts anderes sein als eine Reform.

Wenn also die Tätigkeit der Gewerkschaften reformistisch sein muß, so ändert das nichts an der revolutionären Aufgabe, die die Existenz der Gewerkschaften an sich verlorpert. Denn die Tätigkeit der Gewerkschaften, so reformistisch sie an sich ist, geht darauf hinaus, die Arbeiterschaft zur Revolution unfähig zu machen. Die Tätigkeit der Kommunisten geht dagegen darauf hinaus, die Arbeiterschaft zur Revolution unfähig zu machen. Ihre „Aktionen“, die regelmäßig mit einer Niederlage und einer Schwächung der Arbeiterschaft enden, nennen sie deshalb „revolutionär“. Denn da, wo die Begriffe fehlen, da stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein. Was die „Rote Fahne“ als ein „Geständnis“ des „Vorwärts“ hinstellt, stellt sie bloß. Sie kennt noch nicht den Sinn der jedem geschulten Arbeiter genügenden Ausdrücke. Das ist freilich ein Geständnis, aber ein unfreiwilliges.

Schwere Krise im Gastwirtsgerwerbe.

Die Verhandlungen zwischen dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angebotenen und dem Arbeitgeberverband im Gastwirtsgerwerbe haben sich sehr zugespitzt und drohen zu einem Konflikt und zu einer Arbeitsminderung auszuwachsen. Die an und für sich sehr niedrigen Löhne sollen nur in völlig unzureichender Weise für Februar erhöht werden. Hinzu kommt, daß eine große Gruppe der Arbeitgeber, die Inhaber der Saalgeschäfte erklären, jede Lohnerhöhung abzulehnen.

Selbstverständlich kann den Arbeitnehmern nicht zugemutet werden, wegen zweifellos und unsinniger Maßnahmen der Regierung auf eine Erhöhung der Löhne zu verzichten. Die Arbeitnehmer haben ein Recht darauf, von der Regierung zu verlangen, ihre Maßnahmen so einzustellen, daß sie nicht zum ungeheuren Schaden der Arbeitnehmer werden; sie haben ferner ein Recht, zu wissen, wie lange diese Maßnahmen der Regierung dauern sollen. Es ist nach wie vor die Ansicht der Arbeitnehmer, daß zu den Verordnungen, die sich gegen das Gastwirtsgerwerbe richten, in der Form, wie sie erlassen werden, keine Beranlassung besteht, daß mit ihnen den Interessen keiner Bevölkerungskategorie gekürzt ist und daß sie deswegen zu beschwindeln haben.

Aus dem Konditoreigewerbe.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren schreibt uns: Die hochpatriotischen Konditoreibesitzer, welche jetzt zum Teil von ihren Gästen einen zehnprozentigen Aufschlag für die Ruhrhilfe abnehmen und zu ihrem Personal von der Einheitsfront reden, weigern sich, einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Treiber in diesem Kampf gegen den Tarif ist der ehemalige Hofkonditoreibesitzer und jetzige Obermeister der Konditorenzunft Hermann Bochau, Altonaer Straße 34. Ein sehr mutiger Herr, bei der Rathenau-Demonstration ließ er schnell von einem Hausdiener das Wort „Hofkonditorei“ überpinseln. Denselben Mut bewies er auch während der Kriegszeit. Er wurde Chauffeur bei einem höheren Offizier, natürlich in der Heimat. Ihm war dadurch Gelegenheit geboten, seinem Geschäft selbst vorzustehen. Der Dienst des Herrn Bochau war dem Offizier so wertvoll, daß er ihm nicht nur mit der Verdienstmedaille auszeichnete, sondern ihm noch zwei wertvolle französische Kokotvirinen schenkte, welche heute zwei Schmuckstücke seines Lokals bilden. Trotz der schweren „Opfer“, die Herr Bochau brachte, war es ihm möglich, Grundbesitz in der Schweiz zu erwerben. Nun kann Herr Bochau keine Opfer mehr bringen. Er rief am 13. Januar sein Personal zusammen und erklärte ihm, der Tarif sei zu Ende. Sie mühten jetzt täglich dreizehn Stunden arbeiten, den Lohn bestimme er selbst. Damit hat Herr Bochau der Wehrzahl der Konditoreibesitzer aus der Seele gesprochen, denen der Tarif immer ein

Gewert war. Trotzdem wohl selten ein Gewerbe so lukrativ ist als das Konditoreigewerbe, sind die gezakhten Löhne höchlich niedrig. Welche Preise aber verlangt werden, fühlen die Gäste der Konditoreien tagtäglich, obgleich eine Anzahl Konditoreibesitzer sich noch mit Rohmaterialien eingedeckt hat zu Preisen, als der Dollar noch unter 300 stand. Trotzdem die Konditoreibesitzer durch die Bank in wenigen Jahren schimmerich geworden sind, war ihnen immer jede tarifliche Regelung der Löhne zuzubereiten. Jetzt halten sie die Zeit für gekommen, trotz der „Einheitsfront“ den Lohn zu drücken und sich von jeder tariflichen Verpflichtung freizumachen. Damit prozozieren sie den Kampf. Wir hoffen, die Sympathie der Öffentlichkeit auf unserer Seite zu finden.

Februarlöhne in den Karosseriebetrieben.

Die Vertreter der Wagen- und Karosseriearbeiter haben mit dem Arbeitgeberverband der Groß-Berliner Wagen- und Karosseriefabriken über die Februarlöhne verhandelt und sind zu folgender Vereinbarung gekommen:

Vom 1. bis 14. Februar erhöhen sich die Januarlöhne um 80 Proz., für Jugendliche um 60 Proz. — Facharbeiter über 22 Jahre erhalten hiernach 830 M. Grundlohn und 151 M. Teuerungszuschlag = 981 M. Gesamtlohn pro Stunde. Bei Hilfsarbeitern über 22 Jahre beträgt der Gesamtlohn 911 M., bei Arbeitern an der Bahrmaschine 918 M. und bei Maschinenarbeitern 925 M. Jugendliche Arbeiter im Alter von 14 bis 18 Jahren erhalten 262 bis 330 M., Arbeiterinnen 593 M. Die am 31. Januar bestehenden Akkorde erhöhen sich um 80 Proz. Otto Pisch berichtet eingehend über den Gang der Verhandlungen und erklärte, daß auf dem Verhandlungswege nicht mehr zu erreichen war. Ueber die Löhne für die zweite Februarhälfte soll am 13. Februar verhandelt werden. — In der anschließenden Aussprache wandten sich mehrere Redner scharf gegen die gebotenen Lohnsätze, weil durch diese der ungeheuerlichen Teuerung gegenüber kein Ausgleich geschaffen werde. Bei der Abstimmung wurde das Angebot jedoch gegen eine starke Minderheit angenommen.

Von Pisch wurde hierauf noch mitgeteilt, daß seitens des Arbeitgeberverbandes der Wunsch geäußert worden sei, gemeinschaftlich mit den Arbeitern für die Ruhrhilfe beizusteuern. Den Arbeitern würde dann ein Beitrag vom Lohn abgezogen werden. Redner bemerkte dazu, daß die Lohnkommission nicht damit einverstanden sei. Da aber die Arbeitgeber wünschten, daß die Kollegenpflicht befragt werde, komme er diesem Wunsche hiermit nach.

Nach einer langen und lebhaften Diskussion, in der sich alle Redner gegen einen Lohnabzug aussprachen, und Bergmann wie auch Henschel noch aufklärenden Worten darauf hinwiesen, daß die Gewerkschaftskommission besondere Sammellisten für die Ruhrhilfe ausgegeben habe, wurde das Verlangen der Arbeitgeber einhellig abgelehnt.

Ein Kulturdokument.

Dem Zentralverband der Fleischer wird uns geschrieben: In der Fleischwarenindustrie bestehen zurzeit Differenzen über die Erneuerung der Tarifverträge. Durch das Einlenken der Arbeitgeber in letzter Stunde sind ernste Zusammenstöße momentan unterbunden worden. Es besteht die Aussicht auf friedliche Beilegung. Besonders Befremdend erregte jedoch die Bekanntgabe folgenden Geschäftsbeschlusses der Firma Bruno Korsch u. Co.:

1. Die Befestigung wird folgendermaßen geändert: Statt wie bisher gibt es zum Abendbrot zwei Schnitten mit Streichwurst, ohne Butter, Margarine oder Schmalz. 2. Es ist streng verboten, im Laden zu kauen. Essen darf nur in den bestimmten Zeiten und den dazu bestimmten Räumen eingenommen werden. Vielleicht wird dem Ladenpersonal auch noch ein Raufkorb angelegt, wenn sich die Arbeitnehmer dies gefallen lassen. Verständlich erscheint es, daß diese Firma in ihren Geschäften kein organisiertes Personal leiden will.

Die Saugrubenarbeiter im Streik. Die Verhandlungen zwischen den Bergwerksdirektionen und den Bergarbeiterverbänden hatten zu dem Ergebnis geführt, daß die Bergwerksdirektionen für die Schlichtung eine Zulage von 8 Frank bewilligten. Die Bergarbeiterverbände haben am Sonntag dazu Stellung genommen und beschließen, am Montag früh in den Streik zu treten. Bei dem Streik kommen gegen 75 000 Arbeiter in Frage.

Verzeichnis von Gewerkschaftsfunktionären der UFA-Organisation. Liste von Namen, Adressen und Funktionen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Abteilungsleiter!

Die Kassierer der 21. und 74. Abteilung haben bisher die Abrechnung des 3. Quartals trotz mehrfacher Aufforderung noch immer nicht geleistet, trotzdem sie schon bis spätestens den 31. Dezember 1922 fällig war. — Wir bitten nochmals dringend, für die sofortige Abrechnung sorgen zu wollen. J. A. — Alex Pagels.

Sechstägiger Studentenbund. Heute, Montag, abends 8 Uhr. Zusammenkunft in der Juristischen Sprechstube, Diablenstr. 3. Referent: Genosse Dr. Dörsner.

Morgen, Dienstag, den 6. Februar:

- List of events for the following day, including meetings and conferences.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Ausgaben: H. Glad, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. u. H. S., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 9.

Advertisements for Komische Oper, Admiral-Variete, Billige Bezugsquelle, and Restehandlg. Haarpunder.

Advertisement for Metropoli Variete featuring Behrenstr. 54 and Gold-Silber items.

Large advertisement for Max Busse, featuring Gold-, Silber-, Platin- Brillanten and Brunnenstraße 18.

Advertisements for Verkäufe (books, furniture) and Möbel (furniture).

Advertisements for Musikinstrumente (musical instruments) and Kaufgesuche (wanted items).

Advertisements for Werkzeuge u. Maschinen (tools and machinery), Unterrichts (education), and Verschiedenes (miscellaneous).